

Demokratiepädagogik - Demokratisch Handeln: Projekte vorstellen – Projekte entwickeln – Schule und Demokratie diskutieren

Fachtagung des Sächsischen Bildungsinstituts (SBI) in Zusammenarbeit mit dem Förderprogramm Demokratisch Handeln, 3. bis 5. September 2008 im sächsischen Bildungsinstitut, Fortbildungs- und Tagungszentrum Meißen

„Über Demokratie ist es nicht verboten zu sprechen, aber es ist schwierig, sie für die Schüler interessant zu machen.“

Vom 3. bis 5. September 2008 nutzten Lehrerinnen und Lehrer die Möglichkeit, sich bei der Fortbildung „Demokratiepädagogik – Herausforderung für Schule und Projektarbeit“ im Tagungszentrum Meißen auszutauschen und mehr über Möglichkeiten demokratiepädagogischer Konzepte zu erfahren.

Erster Tag, 3. September 2008

Zu Beginn stellten sich Hiltrun Hütsch-Seide (Berlin), Kurt Ohmann (Baden-Württemberg) und Hans-Wolfram Stein (Bremen) vor, die als Regionalberater von Demokratisch Handeln die Fortbildung als Moderatoren begleiteten. Als Experte für den theoretischen Hintergrund der Demokratiepädagogik nahm Wolfgang Beutel, Geschäftsführer des Förderprogramms Demokratisch Handeln, teil.

„Bildung geht über Grenzen hinaus“

Im Plenum bekamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, sich und ihre Projekte ausführlich vorzustellen. Wolfgang Wildfeuer wies darauf hin, dass sich unter den 18 Lehrerinnen und Lehrern auch vier Gäste aus dem Ausland befinden.

Sulaiman Qeyamat aus Kabul (Afghanistan) ist Projektkoordinator im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul. Derzeit absolviert er ein Praktikum in Berlin. Von der Fachtagung erwarte er, mehr über Projekten und Demokratiepädagogik zu erfahren.

Nina Ivanova arbeitet an einem deutschsprachigem Gymnasium in Sofia (Bulgarien) und hatte die Möglichkeit am Comenius-Projekt teilzunehmen. Sie interessiere sich sehr für die praktische Erfahrung.

Linica Galassi aus Macerata (Italien) ist für Fortbildungen und Ausbildungen an einer Schule in Italien tätig. Mit Kollegen arbeitet sie an einem Schulprojekt zur Darstellung von Italienern in der deutschen Werbung. Sie beziehe sich dabei auf die Fernsehwerbung einer großen Elektronik-Kaufhauskette, in der ein „typischer Italiener“ Waren anpreist. Sie interessiere sich sehr für die Werteerziehung und versuche diese mit ihrem Projekt umzusetzen.

Afonso Antonio Martins Magalhaes ist den weiten aus einer kleineren Stadt in der Nähe von Porto (Portugal) angereist. Er ist Psychologe und arbeitet an einer Schule mit den Schwerpunkten Erziehung und Beruf. Dort ist er in zwei Projekten tätig. Im Projekt „circletime“ sollen Schüler Probleme zusammen mit ihren Mitschülern lösen. Hierzu treffen sich die Schüler regelmäßig, um die letzten zwei Wochen ihrer Schulzeit in der Gruppe zu reflektieren. Dabei ginge es darum, den anderen Schülern die eigene Sichtweise darzustellen, eigene Probleme deutlich zu machen und die der anderen zu erkennen. Ziel sei es, diese

Probleme gemeinschaftlich zu lösen. Im zweiten Projekt „Pädagogik im Krankenhaus – das Lernen mit der Krankheit“ steht die Kommunikation aller Beteiligten untereinander im Mittelpunkt. Durch eine Vernetzung zwischen Patienten, Verwandtschaft und Ärzten werde das Ziel verfolgt, die sozialen Beziehungen zu stärken, damit die Krankheit und die Zeit im Krankenhaus keine großen Probleme mehr darstellen.

Die Mehrheit der Teilnehmenden war aus Deutschland angereist. In der Vorstellungsrunde zeigte sich die Vielfalt der Projekte, die sie in ihren Schulen durchführten und durchführen. Der Lehrer **Henry Dorn** erhoffe sich neue Informationen über bereits laufende Projekte. **Steffen Rößler**, Lehrer für Deutsch und Geschichte, sehe vor allem ein Problem in der Definition des Demokratie-Begriffs in den Medien und erhoffe sich Klärung zu diesem Thema. **Eva Komars**, Deutschlehrerin an einem Gymnasium, engagiert sich für das „Schüllerradio.MAX“ ihrer Schule. **Annemarie Beyer** ist an einer Mittelschule in Bremen tätig. Dort führt sie für die siebenten und achten Klassen eine Lernwerkstatt zum Thema Armut durch. Sie würde gern öfter in verschiedenen Projekten in der Schule arbeiten, aber leider hält sie der Schulalltag zurück. Den Schülern stehe „das Wasser bis hier“, meint Annemarie Beyer. „Sie versinken im Konsumverhalten und erwachen meist nicht.“

Auch aus dem förderpädagogischen Bereich nahmen zwei Lehrer an der Fachtagung teil. **Ingmar Schütze** arbeitet in Aue an einer Schule für Geistigbehinderte. Er sehe seine Aufgabe in der Vorbereitung seiner Schüler für das spätere Leben. Die Grundfragen, die er sich dabei stelle seien „Was haben wir für Möglichkeiten, unser Kind für das Leben vorzubereiten?“ sowie „Gibt die Schulform das Leben uns vor?“ Für ihn höre an dieser Stelle die Demokratie im Schulsystem auf. Aus Freital kam die Schulleiterin **Carola Stejskal**. Sie bemerkte, dass die Förderschule im Schulsystem oft vergessen werde. Des Weiteren sei der Begriff der „Geistigbehinderten-Schule“ stark stigmatisiert. Sie wünsche sich eine positivere Bezeichnung wie es in anderen Ländern üblich ist, etwa „special people“. Sie selbst unterrichtet Politikunterricht und betreut die Projekte „Siedler“, „Die Fünfziger Jahre“ sowie das Rollenspiel „Alles nur geklaut“, in dem die Schüler „das Klauen“ mit all seinen Konsequenzen simulieren.

Angelika Haase und Rolf Bauer sind Lehrer am Gymnasium in Chemnitz und wünschten sich die Stärkung der Lebenskompetenzen aller Beteiligten in der Schule. Dafür sei ein umfassendes Präventionsprojekt gegen Drogen und Sucht sowie gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Schule angelaufen, an dem sich ca. 60 bis 70 Schülerinnen und Schüler beteiligen. Des Weiteren seien die von Wolfgang Wildfeuer entwickelten vier Phasen für die Schülerstreitschlichtung (Gesprächsführung, Coaching, Moderation und Mediation) ein fester Bestandteil in ihrer Schule und kämen u. a. in der Gewaltprävention im Kindergarten zum Einsatz. Hierfür würden Schülerinnen und Schüler der fünften und sechsten Klassen vorbereitet, Kinder im Kindergarten als Streitschlichter auszubilden. Durch die sehr gute Zusammenarbeit mit verschiedenen Ämtern habe man einen reibungslosen Ablauf, aber auch eine gute Unterstützung dieser Projekte ermöglicht.

Dass auch virtuell-interaktive Projekte Bedeutung für die Vermittlung demokratischer Handlungskompetenzen bei Schülerinnen und Schülern haben können, zeigt das Projekt „Virtuelle Schule“ von **Jens Tiburski**. Er ist Mathematiklehrer an einer Mittelschule in Leipzig und versuche, in dem 3D-Animationsprojekt Schülerinnen und Schülern einen sinnvollen Umgang mit virtuellen Welten zu vermitteln. Mit diesem Projekt bewarb sich die Schule als „Schule mit Idee“. Im Projekt „Virtuelle Schule“ sollen bald Schülerinnen und Schüler über einen Online-Chatroom die Möglichkeit erhalten, mit Bundestagsabgeordneten

im Stadtraum Leipzig zu kommunizieren. Mit den jetzigen neunten Klassen habe er hierzu einen Besuch des Berliner Bundestages geplant.

Gertrud Wiehler ist stellvertretende Schulleiterin in Bremerhafen. Ihre Schule trägt den Titel „Agenda Schule“ und habe sich mit der Frage beschäftigt, was Kinder im neuen Jahrtausend brauchen. Einen Schwerpunkt ihrer Schule bilde der Schüleraustausch mit einer südafrikanischen Schule. Hierbei würden verschiedene Projekte durchgeführt, wobei die Begegnung der Schülerinnen und Schüler beider Schulen den Höhepunkt darstellten. Die Finanzierung des Austauschs sei so geregelt, dass jeder aus der Schule die Möglichkeit bekomme, diese Reise zu unternehmen.

Birgit Delling ist Lehrerin an einem Gymnasium in Bautzen, das ein neues Schulhaus bekommen hat. Dieses solle unter Einbeziehung der an der Schule Beteiligten kreativ gestaltet werden, damit das „triste Weiß“ aus dem Schulalltag verschwinde. Projekte an ihrer Schule seien u. a. die Schulzeitung, die auf ein 15-jähriges Bestehen zurückblicken kann. Des Weiteren existiere ein Schülerradio. Der Schüleraustausch nach Minsk sei leider eingeschlafen, auch aus dem Grund, dass der Russischunterricht dem Spanischunterricht weichen musste.

Hans-Wolfram Stein nahm nicht nur als Regionalberater für Demokratisch Handeln und Moderator an der Fachtagung teil. Auch als Lehrer brachte er Erfahrungen mit Projekten ein. So führte er mit seinen Schülerinnen und Schülern in Bremen ein Projekt zum Thema Armut durch, in dem Armutsverhältnisse in Bremen umfangreich untersucht wurden. Dabei hätten die Schülerinnen und Schüler u. a. Online-Kredite bei Banken unter einem Pseudonym abgeschlossen. Bei dem Projekt habe die Schülergruppe zahlreiche interessante Erkenntnisse über ihrer Region gewonnen, etwa, dass die Wenigverdienenden einen viel höheren Zinssatz zahlen müssen als die Besserverdienenden. Der Bericht zum Projekt „Spaltung der Stadt“ hat in der Öffentlichkeit eine breite Diskussion ausgelöst, die bis in die Landesregierungen hinein gedrungen sei.

Neben Lehrerinnen und Lehrern nahmen auch Interessierte an der Fortbildung teil. **Sebastian Schwabe** aus Leipzig ist Student für Theater-, Kommunikations- und Medienwissenschaften und ehrenamtlich einer der Vorsitzenden für Peer-Training Sachsen e.V.. Ebenfalls aus Leipzig kamen **Veit Polowy** und **Torsten Höbler** von der Arbeitsgruppe „Initiative Bildung in Zukunft (IBiZ)“, die ihr Projekt zur partizipativen Schulentwicklung im Stadtraum Leipzig vorstellten.

Nach der Vorstellung der Teilnehmenden bat Wolfgang Wildfeuer um die selbstständige Einteilung in Gruppen. Die Gruppen fanden sich in getrennten Räumlichkeiten zusammen, um über das weitere Vorgehen am folgenden Tag zu diskutieren.

Zweiter Tag, 4. September 2008

Den Schwerpunkt des zweiten Tages der Fachtagung in Meißen bildete das Thema Partizipation, mit dem sich die Teilnehmenden in drei Arbeitsgruppen auseinandersetzten. Tagungsleiter Wolfgang Wildfeuer erklärte, dass es Ziel des Austauschs und der Diskussionen in den Gruppen sei, herauszuarbeiten, was den Teilnehmern jeweils wichtig erscheint und was davon als nutzbar abgeleitet werden könne.

Fragen aus den Gruppen

Bevor sich die Gruppen an die Arbeit machten, erhielten sie die Gelegenheit, im Plenum jene Fragen vorzustellen, die sich am Vortag beim ersten Treffen der Gruppen ergaben. Die Frage der ersten Gruppe bezog sich auf die Verortung von Demokratie in der Schule. Hierbei wurden Projekte als Möglichkeit genannt, Demokratie in der Schule lebendig zu machen. Darüber hinaus stellte sich die Frage, wie sich Demokratie im Lehrplan verankern ließe, damit alle als ein Team zusammenarbeiten könnten. Die Fragen der zweiten Gruppe fokussierten zum einen Strukturen für eine nachhaltige Projektarbeit. Zum anderen wurde die Herausforderung benannt, wie sich Jugendliche begeistern bzw. motivieren ließen, um sich in Projekten zu engagieren. Die Frage nach der Motivation von Schülerinnen und Schülern für ein Projekt stellte sich auch die dritte Gruppe. Die Erörterungen diesbezüglich seien am Vortag schon weiter vertieft worden. Es stelle sich demnach die Frage, wie man Schüler am gesamten Prozess eines Projektes beteiligen könne, dass diese auch das Gefühl haben, es sei von ihnen selbst. Ausgehend von der Erkenntnis, dass der Begriff „Projekt“ für fast alles Mögliche verwendet wird, stelle sich die Frage, was Projekte überhaupt seien. Als Merkmale wurden hierbei fünf Schritte benannt, die ein Projekt kennzeichneten: Idee, Skizze, Plan, Durchführung sowie Auswertung und Präsentation der Ergebnisse. Davon ausgehend stellen sich im Einzelnen die Fragen, wann die Partizipation von Schülern beginnen könnte bzw. sollte und wie sich Schüler dazu bringen ließen, diese Punkte zu erfüllen, so dass Vorgaben von Lehrern nicht mehr notwendig seien. Die Gruppe fragte weiterhin, wie Projekte einen Beitrag zur Medienerziehung leisten könnten, so dass Schüler befähigt werden, mit Medien zu agieren und selbst Medien zu erzeugen. Schließlich stelle sich die Frage, wie sich Projekte in den Unterricht transferieren und integrieren ließen. Die Gruppe benannte ebenfalls Herausforderungen, die sich für die Projektarbeit sowohl auf Seiten der Lehrer als auch der Schüler ergäben: Eigeninitiative, Frustrationstoleranz, Emotion, Perspektivwechsel sowie die Fähigkeit, Konflikte selbst zu bewältigen. Eine weitere Herausforderung sei, genügend Zeit für Projekte einzuräumen, da der Lehrplan dies mehr oder weniger beschränke.

Was ist Demokratiepädagogik? Ein Vortrag von Wolfgang Beutel

In einem Referat versuchte Wolfgang Beutel, Geschäftsführer des Förderprogramms Demokratisch Handeln, eine Annäherung an den Begriff der Demokratiepädagogik. Darüber hinaus vermittelte er Grundlagen zur Beschreibung, Dokumentation und Präsentation von Projekten.

Was sich von einem beispielhaften Projekt über „Demokratiepädagogik“ lernen lässt

Als Ausgangspunkt für eine Annäherung an den Begriff „Demokratiepädagogik“ wählte Wolfgang Beutel die Beschreibung eines Projektes, das vor zehn Jahren unter dem Titel „Nachwuchs für den Bundestag“ von einer Grundschule beim Förderprogramm Demokratisch Handeln eingereicht wurde (Projekt 146/98, URL = <http://www.demokratisch-handeln.de/dh->

[data/show.php?id=332](#)). Die Idee für dieses Projekt entstand aus der Neugierde der Viertklässler, was es mit Politik im Allgemeinen und Wahlen im Besonderen auf sich habe. In dem Projekt gründen sie schließlich Parteien und simulieren einen Wahlkampf einschließlich Wahlgeschenken, Wahlplakaten und Wahlreden. Die Schülerinnen und Schüler gründen eine Anti-Gewalt-Partei, eine Umweltschutz- und Sauberkeitspartei, eine Schulhofgestaltungspartei sowie eine Gleichberechtigungspartei. Schließlich werden Stimmzettel verteilt und eine Wahl durchgeführt, die mit deutlichem Vorsprung die Schulhofgestaltungspartei für sich entscheidet. Da die Schulhofgestaltungspartei für ihr Vorhaben Geld benötigt, beteiligt sie sich an einem Preisausschreiben und gewinnt den Kinder-Umwelt-Preis in Höhe von 2000 DM. In dem Projekt lernen die Schüler zum einen, sich mit ihren Interessen auseinanderzusetzen. Zum anderen machen sie sich damit vertraut, wie Politik funktioniert und welche Bedeutung Wahlen und die Beteiligung daran haben, um seinen Ansprüchen Gehör zu verschaffen.

Für Wolfgang Beutel stellt dieses Projekt ein gutes Beispiel für demokratisch gehaltvolles Lernen in der Schule dar, da es seinen Ausgang von einer Idee der Schülerinnen und Schüler nahm und schließlich politisches Handeln geübt wurde. Der gewonnene Geldpreis unterstreicht weiterhin die gesellschaftliche Anerkennung des Projekts.

Nach Beutel lassen an diesem beispielhaften Projekt Merkmale demokratiepädagogischen Handelns erkennen:

1. Das Projekt nimmt seinen Ausgang in der *subjektiven Wahrnehmung* von Schülerinnen und Schülern, die das Thema schließlich spielerisch bearbeiten;
2. Das Projekt behandelt *Fragen des Schullebens*;
3. Das Projekt ist *fächerübergreifend* angelegt;
4. Das Projekt verbindet *Schulkultur und Alltagspraxis* und begreift *Schule als Lebensraum*;
5. Das Projekt bezieht *mehrere Themen* ein: Gewalt, Umweltschutz, Schulhofgestaltung sowie Gleichberechtigung der Geschlechter, also Themen, die *Aufgaben und Schlüsselthemen in einer Demokratie* sind und sich auf *Fragen der politischen Ordnung und Machtausübung* beziehen;
6. Im Projekt kommen *Verfahren der Regelung und des Austauschs* unterschiedlicher Interessen sowie *Entscheidungsfindung* zur Anwendung;
7. Es findet eine *ernsthafte* Auseinandersetzung mit Substanzfragen der Demokratie statt;
8. Das Projekt bringt *Ergebnisse* hervor, die von schul- und lernorganisatorischer Bedeutung sind – Statt rein statischem Wissen werden Kompetenzen sowie die Bereitschaft und Möglichkeiten zum *Handeln* geübt und entwickelt;
9. In dem Projekt wird das Verhältnis von *Schule und Gemeinschaft* bzw. Gemeinwesen deutlich.

Dieses Projekt mache ferner deutlich, dass politische Bildung im Hinblick auf Verfahren und Institutionen der Demokratie auch in der Grundschule möglich sei. Anerkennung, Toleranz und Handlungsbereitschaft würden sogar noch früher, bereits im Kindergarten, herausgebildet. Wer mit politischer Bildung erst in der Sekundarstufe beginne, so Beutel, verspiele bereits viele entscheidende Lern- und Entwicklungsgelegenheiten für demokratisches Handeln.

Warum Demokratiepädagogik? Warum demokratisch Handeln?

Wolfgang Beutel machte in seinem Referat deutlich, dass das Konzept der „Demokratiepädagogik“ nicht unumstritten sei. So gäbe es eine erregte Debatte, in der sich

Vertreter der Didaktik des politischen Unterrichts und Vertreter der „Demokratiepädagogik“ Demokratie-Lernen aus unterschiedlichen Perspektiven betrachteten. Einigkeit herrsche jedoch über die Notwendigkeit, in die Demokratie hineinzuführen. Das „Demokratiegebot“ komme als durchaus normativer Anspruch in den Schulgesetzen der Länder einstimmig zum Ausdruck. Politische Bildung in der Schule sei entsprechend der Demokratie verpflichtet.

Wolfgang Beutel führte Argumente, die die Notwendigkeit von Demokratiepädagogik untermauerten: So sei die Präsenz rechtsradikaler Parteien in Landes- und Kommunalparlamenten nicht „Ewiggestrigen“ zuzurechnen, die am Dritten Reich festhalten. Stattdessen wählten insbesondere viele Erstwähler rechte Parteien. Weiterhin seien weite Teile der Bevölkerung verdrossen gegenüber Politik und Politikern. Schließlich gäbe es ungelöste gesellschaftliche Probleme, auf die Jugendliche durchaus mit Protest reagierten. So habe das „Wissmann-Gutachten“, das Gutachten der Bundestags-Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ aus dem Jahre 1983 (Drucksache 9/2390) deutlich gemacht, dass die Ursachen des Jugendprotests der 1970er und 80er u. a. in Zukunftsängsten, gewandelten Wertvorstellungen, der Undurchschaubarkeit politischer Entscheidungswege sowie der Forderung nach „Selbstverwirklichung“ und „Selbstbestimmung“ liegen. (vgl. Wissmann, Matthias & Hauck, Rudolf: Jugendprotest im demokratischen Staat. Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, Weitbrecht Verlag, 1983)

Als bedeutsam für „Demokratiepädagogik“ könne das Jahr 2001 benannt werden. Damals führte zu einer Initiative zum BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“, ein Modellprogramm mit dem Ziel, Demokratie-Modelle in Schulen zu erproben und zu übertragen. Mit Blick auf Gewaltprävention und Schulentwicklung wurden im Ergebnis zahlreiche Projekte und pädagogische Konzepte beschrieben, die man als Anregungen für die eigene Arbeit nutzen sollte (vgl. www.blk-demokratie.de) Zum anderen veröffentlichte 2001 Gerhard Himmelmann ein Konzept von Demokratie-Lernen, in dem die Ansätze von Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform aufeinander bezogen wurden. Himmelmann beziehe sich dabei auf Dewey, wonach Demokratie ein Ausdruck des alltäglichen Verhaltens und des alltagspraktischen Lebensvollzugs darstellt. Ferner übt Himmelmann Kritik an einer politischen Bildung, die sich zu sehr auf Begriffe und Strukturen der Demokratie konzentriert, jedoch nicht auf Demokratie als Alltagspraxis. Diese Kritik habe für Politikdidaktiker einen „Sprengsatz“ dargestellt und eine fachliche Debatte darüber ausgelöst, ob Demokratie oder Politik Kern der politischen Bildung sei. In diese Debatte ging es weiterhin um die Frage, ob für die Erziehung junger Menschen zu mündigen Bürgern ein Fach ausreiche oder ob dafür nicht die ganze Schule verantwortlich sei. Ausgehend von der Auffassung von Demokratie als Lebensform sei hierbei der Umgang miteinander für das Lernen von Engagement und Toleranz als Demokratiekompetenzen entscheidend. Konflikte, wie sie im Umgang miteinander auftreten, seien entsprechend von pädagogischer Bedeutung. Sie dürften nicht als Störungen verstanden werden, sondern als Bestandteil einer Demokratie.

Beutel merkte an, dass es für „Demokratiekompetenzen“ zwar keine einheitlichen Kriterien gebe, da aus Perspektive von Demokratietheorie, Schultheorie, Psychologie oder Projektdidaktik unterschiedliche Aspekte betont würden. Auch sei in Projekten die Nähe zur Politik nicht immer deutlich zu erkennen. Doch auch wenn ein Projekt eher wenig politischen Charakter habe, sei darin *Anerkennung* ein maßgebliches Element von demokratiepädagogischem Handeln. Schließlich verwies Wolfgang Beutel auf eine Studie zu Themen in Textaufgaben, Verstehen und Akzeptanz von Lernwegen, die verdeutliche, dass demokratische Erziehung auch im Mathematikunterricht erfolge. (vgl. Köhler, Hartmut: Demokratische Erziehung im Mathematikunterricht – kann es das geben?, in: Zentralblatt für

Was zeichnet Demokratiepädagogik bzw. demokratisches Handeln aus?

Für eine weitere Präzisierung von Demokratiepädagogik bzw. Demokratie in der Schule referierte Wolfgang Beutel Kriterien und Leitfragen, die im Förderprogramm Demokratisch für die Beurteilung von eingereichten Projektbeiträgen von Bedeutung sind (vgl. ausführliches Dokument in der Anlage).

1. Worin liegt die *originär demokratisch-politische* Thematik des Beitrags?
2. *Wie sind die Schüler beteiligt?*
3. *Wie breit ist das Spektrum praktischer Tätigkeits- und Erfahrungsmöglichkeiten*
4. *Wirkt sich das Projekt auf die Schule aus?*
5. *Gibt es konkrete Realitätsbezüge lokaler oder gesellschaftlicher Art?*
6. *Gibt es besondere Formen demokratischen Umgangs zwischen den verschiedenen an diesem Projekt oder der Schule beteiligten Gruppen*
7. *Sind greifbare Ergebnisse zustande gekommen? Hat das Projekt Wirkungen in der Öffentlichkeit hervorgebracht? Hat dies Folgen nach sich gezogen?*
8. *Hat der Beitrag Aufforderungscharakter für andere?*

Nach Wolfgang Beutel seien diese Kriterien und Leitfragen auch für Schule als Ganzes von Bedeutung. Er stellte heraus, dass eine Schule dann demokratisch sei, wenn dort ein *demokratischer Umgang* herrsche, der sich im *Umgang mit Verschiedenheit* und im *Umgang mit Minderheiten* zeige. Weiterhin sei bedeutsam, dass Demokratie-Lernen in der *Auseinandersetzung mit Politik und Fragen der Demokratie* geschehe, etwa mit den Themen Atomkraft, Friedensbewegung, Eine Welt, Gewalt oder Militär. Hierbei sei entscheidend, dass eine Problemanalyse stattfinde. Auf Fragen der Kommunalpolitik solle ein besonderes Augenmerk liegen. Weitere Merkmale seien *öffentliche Meinung* in der Schule, z. B. in Form von Schülerzeitungen, und *öffentliches Reden*, bei dem Abwägen, Urteilen, Liberation und Kompromissfindung geübt werden könne. Auch Wettbewerbe wie „Jugend debattiert“ könnten hierbei Gelegenheiten bieten, sich im öffentlichen Reden zu erproben. Andere Aspekte seien die *Selbstorganisation von schulbezogenen Interessen*, was auch auf Streitschlichtung verweise, die dem Ausgleich von Interessen diene. Weiterhin nannte Beutel *Mitbestimmung im Unterricht und Beteiligung an Lerndokumentation*. Hierbei gehe es darum, dass nicht Leistungsurteile nicht von Lehrern allein, sondern unter Einbeziehung der Schüler gegeben werden sollten. Im Hinblick auf Wirkungen in der Öffentlichkeit sei schließlich *Pressearbeit* relevant.

Wolfgang Beutel wies die Teilnehmenden der Fachtagung darauf hin, dass „Demokratie“ im Förderprogramm Demokratisch Handeln ein breit angelegter Begriff sei. Demokratisch Handeln suche Projekte im Unterricht, im Schulleben und über die Schule hinaus, wobei auch der Begriff „Projekt“ offen behandelt werde. Entscheidend sei, dass ein Projekt gut geplant und durchgeführt werde sowie Schüler möglichst bei Idee, Skizze, Plan, Durchführung des Projekts, seiner Auswertung und der Präsentation der Ergebnisse beteiligt werden. Als „demokratiepädagogisch gehaltvoll“ bezeichnete Beutel schließlich Gelegenheitsstrukturen oder „entgegenkommende Verhältnisse“ wie beispielsweise die Regelung von Diensten, die Kultivierung von Umgangsformen oder strittige Themen.

Die Annäherung an den Begriff „Demokratiepädagogik“ rundete Wolfgang Beutel mit Handreichungen für die weitere Lektüre ab. Zum einen verteilte er das „Magdeburger Manifest“ [= [2_Magdeburger Manifest.doc](#)], das in zehn Thesen das Verhältnis von Demokratie-Lernen und Schule beschreibt. Zum anderen überreichte er den Teilnehmenden ein Papier mit Überlegungen von Wolfgang Edelstein und Peter Fauser zur Bestimmung des Begriffs Demokratiepädagogik, in denen Demokratie als politische Verfasstheit einer Zivilgesellschaft, Schule als Ganzheit und die Bedeutung des Erfahrungslernens zentrale Ansätze darstellen. (vgl. Beutel, Wolfgang & Fauser, Peter: Demokratiepädagogik. Lernen für die Zivilgesellschaft, Schwalbach/Ts. 2007) [= [3_Demokratiepädagogik PF und WE.doc](#)]

Was ist für eine Beteiligung beim Förderprogramm Demokratisch Handeln zu beachten?

Nach seinem Versuch einer Annäherung an den Begriff „Demokratiepädagogik“ leitete Wolfgang Beutel über zu den Anforderungen, die das Förderprogramm Demokratisch Handeln an die Dokumentation eines Projekts stellt. Er erklärte, dass die Dokumentation eines Projekts eine *Mitteilung über Arbeit im Projekt* sein sollte, die auch für Menschen verständlich ist, die weder die Schule noch die Bedingungen für das Projekt kennen. Hierzu überreichte Beutel ein Papier mit jenen Kriterien und Leitfragen, die auch den Mitgliedern der Jury von Demokratisch Handeln vorliegen, um ein Projekt zu beurteilen. Für die Beurteilung sei demnach von Interesse, welches *Thema* in dem Projekt bearbeitet wurde und inwiefern dieses demokratisch oder politisch gehaltvoll bzw. originell sei. Ein zweiter Aspekt stelle die *Partizipation der Schüler* bei der Zielsetzung, Planung und Durchführung des Projektes dar. Drittens werde beurteilt, welche *praktischen Tätigkeits- und Erfahrungsmöglichkeiten* sich im Rahmen des Projekts für Schülerinnen und Schüler ergeben haben. Viertens werde danach gefragt, welche *Wirkungen* das Projekt auf die Schule genommen habe, was auch den Umgang mit Konflikten, z. B. durch den Ausfall von Unterricht, einschließt. Fünftens frage die Jury danach, welche *Bezüge* ein Projekt zu gesellschaftlichen Wirklichkeiten nehme. Sechstens sei relevant, welche *Formen des demokratischen Umgangs* im Projekt zur Geltung kommen. Siebentens werde eingeschätzt, welche *Ergebnisse* ein Projekt erzielt habe und welche *Wirkungen* diese in der Öffentlichkeit hatten. Hierbei sei auch relevant, ob es Nachfolgeprojekte gebe. Schließlich werde bewertet, ob ein von einem Projekt ein *Transfer* ausgehe, d. h. ob es einen *Aufforderungscharakter für andere* habe. [= [4_Demokratiepädagogik_SBI_Beurteilungsfragen.doc](#)]

Diskussion: Funktioniert Demokratie als Lebensform?

Im Anschluss an den ausführlichen Vortrag Wolfgang Beutels stellte ein Teilnehmer die Frage, ob Demokratie tatsächlich als maßgeblicher Lebensbezug dienen könne. Viele Menschen seien unzufrieden mit Demokratie und das aus teilweise berechtigten Gründen. In seiner Antwort verwies Wolfgang Beutel darauf, dass es eine uralte Debatte darum gebe, wie Demokratie theoretischer und praktisch zu bestimmen sei. Tatsächlich stehe Demokratie mit einem Staatswesen in Verbindung, das als übergeordnete Macht den Menschen gegenüber stehe. Gleichzeitig stehe „Demokratie“ aber auch für bestimmte Prinzipien des Umgangs miteinander. Hierbei verwies Beutel auf die Konzepte „Deliberation“ und „kommunikative Kompetenz“, die Jürgen Habermas in seiner komplexen Theorie des kommunikativen Handelns“ 1988 beschrieben habe, die allerdings einen praktischen Alltagsbezug aufwiesen. Hierbei gehe es um Fähigkeiten, Konflikte kommunikativ zu regeln, d. h. Interessen auszuhandeln und Kompromisse einzugehen. Die Habermas'sche Theorie stellt im Gegenzug zu funktionalistischen systemtheoretischen Denkfiguren die Verantwortung, das Dialogische

und die Sprachlichkeit der Menschen in ihrer jeweils zeitbedingten Lebenspraxis in den Mittelpunkt.

Eine Teilnehmerin machte deutlich, dass in einer Demokratie auch *Selbstwirksamkeit* wichtig sei. Schüler könnten Selbstwirksamkeit spüren, wenn die etwas bewegen – auch im Schulleben. Da Politik nicht nur an Parteien gebunden sei, sei es eine Aufgabe für die Demokratiepädagogik, ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass jeder Einfluss auf die Politik nehmen kann. Dies könne besonders durch Projekte deutlich gemacht werden: „Was ihr macht, löst das und das aus“, wie es die Teilnehmerin formulierte. Es sei ebenfalls wichtig, ein Verständnis dafür zu entwickeln, dass demokratische Prozesse langwierig sind und viel Austausch und Kommunikation erfordern. Entscheidend sei auch, dass Schüler am Prozess *nach* einem Projekt beteiligt werden und die die Folgen ihres Projektes *erleben*. Immerhin seien viele Projektergebnisse auch ein „Bildungsgut für andere“. Um diese Einsichten zu vermitteln, bräuchten Lehrer selbst die Motivation, Ausdauer, Selbstwirksamkeit und das Bewusstsein, dass ein Projekt wirksame Ergebnisse hervor bringe. Die Möglichkeiten würden in diesem Feld noch zu wenig genutzt.

Das Thema *Selbstwirksamkeit* wurde auch von anderen Teilnehmern aufgegriffen. Ein Teilnehmer erklärte, dass man zwischen einem schwachen und starken Konzept von Demokratie unterscheiden könne. Um *schwache Demokratie* handle es sich, wenn man zwischen Alternativen wählen könne, die von anderen gesetzt werden. Als Beispiele hierfür ließen sich die Wahl von Personen nennen. Dem gegenüber bedeute *starke Demokratie*, dass man selbst über Ziele entscheiden könne sowie die Art und Weise, wie diese erreicht werden sollen. Um entscheiden zu können, brauche man allerdings Informationen. Und diese müsse man sich verschaffen können. Im pädagogischen Kontext heiße dies, dass Fragen das Lernen leiten – ein Lernen, das selbst verantwortet und selbst veranlasst ist. Ein anderer Teilnehmer wies darauf hin, dass Selbstwirksamkeit auch entscheidend für intrinsische Motivation sei. Aus lernpsychologischer Perspektive seien drei Aspekte bedeutsam für die Förderung intrinsischer Motivation: Erstens müsse man seine *eigenen Kompetenzen erleben* können, d. h. erleben können, was man durch eigenes Tun bewirkt. Zweitens sei soziale Integration von Bedeutung. Von einer Gruppe ginge *soziale Anerkennung* als Rückmeldung auf das eigene Handeln aus. Drittens sei *Autonomie und Selbstbestimmung* entscheidend für Selbstwirksamkeit. Der Eindruck „Das kommt von mir, wie und was wir machen“ wirke auf die innere Handlungsbereitschaft zurück und habe Einfluss auf weiteres Handeln.

Zum Schluss der Diskussion berichtete Kurt Ohmann von seinen Erfahrungen zum Thema „sich einmischen können“. Als Schulevaluator besuche er mit seinen Kollegen Schulen, um dort Gespräche mit Lehrern, der Schulleitung, Schülern sowie Eltern zu führen. In diesen jeweils getrennt voneinander geführten Gesprächen würden jeweils drei Fragen gestellt: 1. „Was gefällt dir an deiner Schule?“ 2. „Was möchtest du in deiner Schule verändert haben?“ Sowie 3. „Stell dir vor, morgen bist du Schuldirektor. Was würdest du ändern?“ Auch wenn es bei diesen Befragungen grundsätzlich darum ginge, sich einmischen zu können, habe die Erfahrung gezeigt, dass es den Befragten durchaus schwer falle, über Probleme zu reden, etwas über Schwächen von oder Antipathien gegenüber bestimmten Personen.

Präsentation der Ergebnisse aus der Arbeit in den drei Gruppen

Den Schwerpunkt des zweiten Tages der Fachtagung bildete die Arbeit der Teilnehmenden in Gruppen. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand das Thema Partizipation, das von den Arbeitsgruppen aus jeweils unterschiedlichen Perspektiven bearbeitet wurde. Nach zwei Arbeitsphasen, die durch die Mittagspause voneinander getrennt wurden, präsentierten am Nachmittag die drei Gruppen ihre Ergebnisse im Plenum.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 1

In der Auseinandersetzung sei die Gruppe zum dem Ergebnis gelangt, dass die Arbeit in Projekten als eine demokratische Lernsituation verstanden werden könnte, die geeignet sei, demokratische Prozesse zu initiieren. Dennoch gebe es Probleme für die Durchführung von Projekten, von denen die Zeit, Ideen, Meinungsfreiheit, das Projektziel sowie die Motivation von Schülern zentral seien. In Projekten gelte es, das Verhältnis zwischen einer Selbstbestimmung durch Schüler und einer Steuerung durch Lehrer immer wieder auszubalancieren. Im Hinblick auf Ideen müsse daher gefragt werden, inwieweit diese von Schülern eingebracht werden (können) oder von Lehrern in den Prozess hinein gegeben werden müssen oder dürften.

Die Gruppe habe in ihrer Arbeit erkannt, dass sich für die Arbeit in Projekten folgenden Fragen aus demokratiepädagogischer Perspektive stellen:

1. Welchen Zugang haben Schüler zu dem Thema eines Projektes? Welchen Bezug hat das Thema zur Lebenswelt der Schüler?
2. Wie offen lässt sich ein Projekt gestalten? Wie zielgerichtet sollte in einem Projekt gearbeitet werden? Inwieweit sollte ein Lehrer dafür verantwortlich sein, dass ein Projekt zu einem Ziel führt? Entstehen nicht gerade aus offenen Prozessen wichtige Erkenntnisse für Schüler?
3. Wie lassen sich *alle* Schüler im Prozess eines Projektes mitnehmen? Wie geht man mit Minderheiten um, die sich für das Projektthema nur schwer begeistern lassen und irgendwie mitgenommen werden müssen?
4. Wie steht es um die Benotung von Leistungen, die im Projekt erbracht werden?
5. Darf man einen Schüler zu etwas zwingen (z. B. durch Benotung)? Wie bewahrt man das Prinzip Freiwilligkeit?

Die Spannungsverhältnisse zwischen Freiwilligkeit und Zwang sowie zwischen Mehrheit und Minderheit hätten verdeutlicht, dass in Projekten über demokratische Prozesse auf metakognitiver Ebene reflektiert werden müsse. Um Handlungskompetenz zu fördern, sollten in Projekten des Weiteren Medien genutzt werden. Die Nutzung der Presse helfe beispielsweise, etwas zu erreichen. Weiterhin sollten Projekte aktuelle politische Themen aufgreifen. Dies betreffe jedoch den Unterricht im Allgemeinen.

Diskussion

Im Anschluss an die Präsentation der Ergebnisse wurde im Plenum diskutiert, inwieweit Noten als Instrumente der Macht oder als Instrumente der Rückmeldung und Anerkennung guter Leistungen verstanden und genutzt werden könnten. Für gute Leistungen solle es gute Noten geben dürfen. Auch die erreichten Ergebnisse, die Ziele und Prozesse eines Projektes, z. B. die Gruppenarbeit und die Ergebnispräsentation, sollten durch Noten beurteilt werden

dürfen. Wichtig sei allerdings, dass die Kriterien für eine Bewertung mit Schülern entwickelt werden sollten. Dies stelle zum einen Transparenz und Nachvollziehbarkeit sicher. Zum anderen fördere es die Selbstreflexion und Selbsteinschätzung der Schüler sowie die Bereitschaft Verantwortung für die Kriterien zu übernehmen. Nichtsdestotrotz, sollte die Bereitschaft von Schülern sich in einem Projekt anzustrengen nicht davon abhängen, ob es dafür Noten gibt oder nicht.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2 – Wie kann Partizipation gelingen?

Die zweite Arbeitsgruppe stellte ihre Ergebnisse anhand Schemas dar, das den Ablauf eines Projektes von der Idee zum Ergebnis beschrieb. [\[siehe Foto des Präsentationsposters\]](#)

Die Arbeit in der Gruppe habe gezeigt, dass drei Fragen von zentraler Bedeutung sind: 1. Wie lassen sich Mitstreiter finden? 2. Was sind förderliche Bedingungen bzw. Hemmnisse für die Durchführung von Projekten? Sowie 3. Was sind nachhaltige Projekte?

Die Erörterung dieser Fragen habe die Gruppe zu folgenden Ergebnissen geführt: Um Schüler für eine aktive Beteiligung an einem Projekt zu motivieren, sollte an ihre vorhandenen Erfahrungen angeknüpft werden. Dies betrifft insbesondere Themen, die die Schüler selbst bewegen. Im Hinblick auf die Motivation stelle sich aber auch die Frage nach dem Verhältnis von Offenheit und Steuerung des Projektverlaufs. Grundsätzlich sollten Projekte offen sein, um Bedürfnisse von Schülern aufzunehmen und produktiv einzubinden.

Die Frage nach den Hemmnissen wurde ausführlicher erörtert. Ein objektives Hemmnis stelle z. B. die Schulstruktur dar. Dem gegenüber lasse sich aber auch die Frage nach förderlichen Bedingungen stellen. Förderlich sei beispielsweise eine Schulleitung, die von einem Projekt überzeugt sei. Weiterhin könnten Eltern und Schüler bestimmte Dinge einfordern, etwa die Einrichtung von Streitschlichtern. Wichtig sei, den Kollegen zu erklären, dass sich der Arbeitsaufwand für ein Projekt lohne, da Projekte zum „Selbstläufer“ werden können und sich damit der Arbeitsaufwand erheblich mindere. Als förderlich wurde weiterhin die Freistellung von Lehrerinnen und Lehrern benannt, um sich etwa für die Schülerzeitung oder das Schülerradio zu engagieren. Auch sei bedeutsam, sich rechtzeitig um Nachfolger, d. h. verantwortliche Lehrer, zu kümmern, um Nachhaltigkeit zu sichern und nicht immer wieder von Neuem beginnen zu müssen. Förderlich sei auch die Abstimmung zwischen Arbeitsgemeinschaften, damit Schüler nicht gegenseitig abgeworben werden und um eine regelmäßige und kontinuierliche Arbeit zu ermöglichen. Für die Projekte selbst zeigten Gruppenfindung und Rituale positive Wirkungen.

Anmerkungen und Diskussion

Für die Beteiligung von Eltern bei Entscheidungen zur Gestaltung des Schullebens sollten die schulischen Elternorgane genutzt werden. Dort sollten allerdings Schulleitung und Lehrer in Entscheidungsprozesse eingebunden und nicht aufgehetzt werden. In diesem Zusammenhang wies Wolfgang Wildfeuer auf die Elternmitwirkungsmoderatoren hin, die bereits daran arbeiteten, die Beteiligung von Eltern in Schulen zu fördern. Hiltrun Hütsch-Seide betonte, dass man sich Menschen suchen solle, die für einen sprechen. Solche „Lobbyarbeit“ helfe, nicht alles allein „durchpowern“ zu müssen.

In der Diskussion im Plenum zeigte sich, dass die Bestimmung von Zielen eines Projektes pädagogisch verantwortbar sein müsse, d. h. auch nicht demokratischen Grundwerten zuwiderlaufen dürfe. Dies schränke unter Umständen die Selbstbestimmung von Schülern ein.

Projekte, die sich mit sensiblen Themen wie beispielsweise der Todesstrafe oder Homosexualität beschäftigen, dürften nicht einseitig behandelt werden. Nach den Erfahrungen von Hans-Wolfram Stein sei es beispielsweise Realität, dass die Mehrheit von Schülern homophobe Einstellungen haben und es ekelhaft finden, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen. Dieses Beispiel verdeutliche die Wichtigkeit, auf eine demokratische Gesellschaft auf der Grundlage der Menschenrechte zu orientieren, was den Schutz von Minderheiten einschließt. Weiterhin sollten aber auch – im Sinne des Beutelsbacher Konsens' zur politischen Bildung – Themen, die in der Gesellschaft kontrovers behandelt werden, auch in der Schule kontrovers behandelt werden. Lehrer tragen entsprechend die Verantwortung, Einseitigkeit zu verhindern und andere Positionen und Sichtweisen einzubringen. Projekte zum Thema Homosexualität sollten dem gemäß darauf zielen, das Recht anders zu sein anzuerkennen. Den Schülern bleibe dabei immer noch die Entscheidung darüber, ob sie am Projekt teilnehmen wollen und wie dieses durchgeführt werden soll.

Projekte zum Thema Todesstrafe könnten auch demokratiepädagogisch gehaltvoll sein, wenn der Prozess z. B. durch eine Forschung in historischer und philosophischer Hinsicht geprägt sei. Das Ergebnis eines solchen Projektes seien Argumentationen von Schülern zum Thema, die danach beurteilt werden können, inwieweit sie klar, logisch und überzeugend dargeboten werden. Bei sensiblen Themen wie Mord, Kindesmissbrauch und Todesstrafe, müsse man als Pädagoge jedoch abwägen, inwieweit man eine gewisse emotionale Distanz wahren könne und die Auseinandersetzung emotional tragen könne.

Die Diskussion zeigte, dass Projekte als handlungsorientierte, nach außen gewendete Lernform zu verstehen sind, die ein gegenständliches Werk oder eine Aktion zum Ziel haben. Dem gegenüber sei Unterricht als Rahmen zu verstehen, in dem Fragen gestellt und kontroverse Diskussionen geführt werden könnten.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 3

Die dritte Arbeitsgruppe präsentierte ihr Ergebnisse unter dem Titel „Schule als Werkstatt für Demokratie“. Die Gruppe ging zunächst der Frage nach, was an Schulen demokratisch sei. Als bedeutsam stellten sich hierbei der Unterricht, das Zusammenleben und die Strukturen der Schule heraus. Dies seien Aspekte, die durch Instrumente der Evaluation durch Schulleitung, Lehrer/innen und Schüler/innen eingeschätzt werden könnten. Anhand der zweiten Frage, wie eine demokratische Schule erreicht werden könne, wurde deutlich, dass die Grundhaltung von Lehrer/innen und Schüler/innen sowie das Schulprogramm eine zentrale Rolle spielen. Eine demokratische Grundhaltung beinhalte demnach, dass Lehrer/innen ihre Schüler/innen ernst nehmen und sie freundlich behandeln. Weiterhin sollten sich alle Personengruppen in der Schule respektieren. Dieser Umgang miteinander sei über den Unterricht hinaus insbesondere in persönlichen und informellen Gesprächen zwischen Schüler/innen und Lehrer/innen wichtig. Auch durch das Schulprogramm könnten sich Schulen als demokratisch ausweisen, insofern Regeln in der Schule bzw. in den Klassen in einer demokratischen Gesprächskultur vereinbart und die Hausordnung in den schulischen Mitbestimmungsgremien abgestimmt würden. Verstöße gegen die vereinbarten Regeln oder die Hausordnung müssten wiederum pädagogische Konsequenzen folgen. Diese sollten allerdings mit den Schüler/innen besprochen, etwa in Form von Schülergerichten, in denen Wiedergutmachungen verhandelt werden. Zu einer demokratischen Schule gehörten schließlich auch die Kooperation mit Eltern, Feedback-Rituale und Klassenräte. Weiterhin sei ein Chatforum denkbar, über das sich Schüler/innen über Probleme besprechen könnten. Eine demokratische Schule müsste schließlich auch Atempausen in den Schulalltag einbauen. Nur so sei auch die Zeit gegeben, um beispielsweise Projekte zu evaluieren. Der dritte Schwerpunkt der Arbeitsgruppe lag bei

der Frage, was man mit einem Projekt erreichen wolle. Hilfreich für eine solche Einschätzung seien die acht Kriterien bzw. Leitfragen, nach denen die Jury von Demokratisch Handeln Projekte beurteilt. [[= 1 Demokratiepädagogik SBI Beurteilungsfragen](#)]

Deutlich wurde auch, dass die Einschätzung der eigenen Aktivitäten, z. B. der eigene Zeitaufwand, eine kritische Selbstreflexion erfordere, die nicht immer „schmerzfrei“ bleibe und auch Verhaltensänderungen nach sich ziehe.

Als Ziel wurden „Wir“-Projekte benannt, die vorhandene Stärken nutzen und an Kompetenzen anknüpfen. Wichtig sei hierbei die Kommunikation miteinander. Grundsätzlich seien hierbei auch Partnerschaften zwischen Schulen denkbar.

Unter dem Leitsatz „Ich bin nicht allein“ wurden förderliche Bedingungen für die Durchführung von Projekten in der Schule genannt. Wichtig seien hierbei die Unterstützung durch die Schulleitung, Entlastungsstunden, Anerkennung – insbesondere durch andere Kollegen – sowie die Einbindung von Projekten im Schulprogramm.

Für den Unterricht wurde die Bedeutung „demokratischer“ Methoden herausgestellt. Solche Methoden seien beispielsweise kooperatives Arbeiten und Selbstevaluation.

Der zweite Tag der Fachtagung endete mit einem „Marktplatz der Möglichkeiten“, bei dem die Teilnehmenden im Seminarraum Material und Informationen zu ihren Projekten bzw. Aktivitäten anbieten konnten. Dieser „Marktplatz“ machte seinem Namen alle Ehre. Dieser Ort der Begegnung und des Austauschs wurde von den Teilnehmenden der Fachtagung intensiv für Nachfragen und Erfahrungsaustausch genutzt.

Dritter Tag, 5. September 2008

Der Abschlussstag diente der Reflexion der beiden vorher gegangenen Tage. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten die Möglichkeit, im Plenum ihre persönliche Meinung zu den Fragen: „Welche Punkte waren bedeutsam?“ sowie „Was gibt es noch wichtiges zu klären?“ einzubringen.

Wolfgang Wildfeuer freute sich über die zahlreichen Teilnehmer und deren unterschiedlichen Projekte und fügte hinzu, dass es nicht auf die Größe der Projekte ankomme. Jedes noch so kleine Projekt könne die Partizipation in der Schule fördern und stelle den wichtigen und unverzichtbaren Anfang für gelebte Demokratie dar. Das Erreichen von Partizipation in der Schule sei zwar ein langwieriger Prozess. Am Ende könne damit aber die Anerkennung jedes Einzelnen erreicht werden, fügte Wolfgang Beutel hinzu.

Rückmeldungen der Teilnehmenden

In den Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde erkennbar, dass die Fachtagung kritisch reflektiert wurde. Auf der einen Seite wurde nach der Erkennbarkeit von demokratischer Kompetenz bei Schülerinnen und Schülern gefragt und wann diese erreicht werde. Theorie zu Demokratiepädagogik sei zwar wichtig. Wichtiger sei jedoch die praktische Umsetzung. In diesem Zusammenhang wurde der Wunsch geäußert, wie der Kontakt zu externen Förderern hergestellt werden könne.

Auf der anderen Seite sei zu wenig auf den theoretischen Hintergrund eingegangen worden. Einige Teilnehmende hätten sich eine klarere Sprache innerhalb des Seminars gewünscht, um Missverständnisse zu vermeiden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass die Fortbildung entscheidend dazu beigetragen habe, die eigene Projektarbeit zu reflektieren sowie Erfahrungen und Informationen auszutauschen. Die Teilnehmenden hätten sich durch die Projekte der anderen inspirieren lassen und würden versuchen, ähnliche Ansätze in ihren Schulen zu etablieren.

Die Teilnahme der ausländischen Gäste sei eine besondere Bereicherung für die Veranstaltung gewesen. Umgekehrt äußerten die ausländischen Gäste den Wunsch, dass auch deutsche Lehrer Fortbildungsangebote im Ausland nutzen und über ihre Erfahrungen im Schulalltag berichten sollten.

Das Förderprogramm „Demokratisch Handeln“

Die Fachtagung endete mit der Vorstellung des Förderprogramms „Demokratisch Handeln“ durch Wolfgang Beutel. Er zeigte Möglichkeiten auf, wie beispielhafte demokratische Projekten in Schulen gefördert und unterstützt werden könnten.

Die Fachtagung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmer genutzt, um sich über Möglichkeiten der Partizipation an Schulen auszutauschen und mit Hilfe von Projekten Demokratie für Schüler interessant und lebendig zu machen.